

Herbstsession 2024 Sessionsrückblick - 3. Woche



Bundesrat hält Einsatz von Suizidkapsel «Sarco» für rechtswidrig

In der Fragestunde beantwortete Gesundheitsministerin Elisabeth Baume-Schneider die Frage nach den gesetzlichen Grundlagen zum Einsatz der Sterbekapsel «Sarco». Die Kapsel ist gemäss Baume-Schneider aus zweierlei Hinsicht für den Bund nicht rechtskonform. «Zum einen erfüllt sie die Anforderungen des Produktesicherheitsrechts nicht und darf daher nicht in Verkehr gebracht werden. Zum anderen ist die entsprechende Verwendung von Stickstoff mit dem Zweckartikel des Chemikaliengesetzes nicht vereinbar.» Zudem würden für die die Beihilfe zum Suizid medizinische und ethische Anforderungen gelten: «Es gilt sicherzustellen, dass die Betroffenen zum Beispiel nicht in einer depressiven Verstimmung handeln und sich der Konsequenzen ihres Handelns vollumfänglich bewusst sind.» Wichtig sei auch, dass die Betroffenen über Alternativen wie etwa Palliative Care (umfassendes Konzept zur Beratung, Begleitung und Versorgung unheilbar kranker Menschen) gut informiert seien, sagte Baume-Schneider. Die Frage gestellt hatte die SVP-Nationalrätin Nina Fehr Düsler (ZH).

Parlament schränkt Verbandsbeschwerden bei Wohnbauprojekten ein

Verbände dürfen künftig keine Beschwerden mehr gegen kleinere Wohnbauprojekte in der Bauzone führen. Der Nationalrat bereinigt die letzte Differenz zum Ständerat bei den Ausnahmebestimmungen für Beschwerden innerhalb von Gewässerräumen. Das Geschäft ist somit bereit für die Schlussabstimmung. Beschwerden von Verbänden für Wohnbauprojekte sind künftig nicht mehr möglich, wenn die Geschossfläche weniger als 400 Quadratmeter beträgt und das Projekt in einer Bauzone liegt.

Parlament lockert Lärmschutzbestimmungen beim Wohnungsbau

Das Parlament lockert die Bestimmungen für den Wohnungsbau in lärmbelasteten Gebieten und treibt die Sanierung von mit Altlasten belasteten Spielplätzen voran. Der Nationalrat hat die letzten Differenzen zum Ständerat bei der Revision des Umweltschutzgesetzes ausgeräumt. Mit 114 zu 61 Stimmen bei zehn Enthaltungen folgte die grosse Kammer der vorberatenden Kommission. Damit einigten sich die Räte in der Frage des Lärmschutzes auf einen Kompromiss. Demnach muss in neuen Wohnungen mindestens die Hälfte der lärmempfindlichen Räume über ein Fenster verfügen, bei dem bei Messungen die Lärmgrenzwerte eingehalten werden. Lärmempfindliche Räume sind Zimmer, in denen sich Personen regelmässig während längerer Zeit aufhalten.

Nationalrat winkt 16.4 Milliarden für Bahninfrastruktur durch

Der Nationalrat will in den Jahren 2025 bis 2028 16.4 Milliarden Franken für die Bahninfrastruktur ausgeben. Er ist bei der Beratung des Geschäfts dem Bundesrat gefolgt. Einen Antrag, den Betrag um 500 Millionen Franken zu erhöhen, lehnte er ab. In der Gesamtabstimmung nahm der Nationalrat den Bundesbeschluss mit 192 zu 3 Stimmen ohne Enthaltungen an. Das Geschäft geht an den Ständerat. Im Vergleich zur aktuellen Periode sieht die Botschaft des Bundesrats eine Erhöhung um rund zwei Milliarden Franken vor.

Kompromissvorschlag für den Wald der Zukunft angenommen

Das Parlament hat 521 Millionen Franken für die Anpassung des Waldes an den Klimawandel für die Jahre 2025 bis 2028 gesprochen. Der Nationalrat stimmte einem Kompromissvorschlag aus der kleinen Kammer mit 125 zu 60 Stimmen bei fünf Enthaltungen zu. Das Geschäft ist somit bereinigt.



Der Nationalrat wollte zuletzt nicht mehr Geld für die Anpassung der Wälder an den Klimawandel genehmigen. Ein Bundesbeitrag von 451 Millionen Franken in den Jahren 2025 bis 2028 – wie vom Bundesrat vorgeschlagen – schien ihm genug. Der Ständerat stockte die Mittel für den Wald in der vergangenen Sessionswoche dann jedoch um sieben Millionen – anstatt wie in der kleinen Kammer ursprünglich beschlossen um hundert Millionen – auf 521 Millionen Franken auf. Diesen Kompromissvorschlag empfahl dann auch die zuständige Kommission zur Annahme. Damit wurde die letzte Differenz zwischen den beiden Kammern beseitigt.

Nationalrat anerkennt ukrainischen Holodomor als Völkermord

Der Nationalrat stimmt für die Anerkennung des Holodomor als Akt des Völkermordes. 123 Abgeordnete stimmten für das Anliegen. Es gab 58 Gegenstimmen sowie 7 Enthaltungen. Holodomor ist ein ukrainisches Wort, das mit «Massentod durch Hunger» übersetzt werden kann. Der Begriff bezeichnet laut der deutschen Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) die Hungersnot in der Ukraine in den Jahren 1932/33, als fast vier Millionen Menschen infolge der sowjetischen Wirtschaftspolitik unter Stalin starben. Holodomor gilt als eine der schlimmsten Hungerkatastrophen der Menschheitsgeschichte. Neben Ukrainern starben laut Erklärung auch zwei Millionen Kasachinnen und Kasachen und Hunderttausende Russinnen und Russen. Beantragt und formuliert hatte die Erklärung die Mehrheit der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats (APK-N). Demzufolge hatte die Kommission die Erklärung auch zur Annahme empfohlen. Die Deklaration wird nun über das diplomatische Netzwerk des Auswärtigen Amtes verbreitet.

Erfolg für die SVP in der Asylpolitik

Der Nationalrat hielt am Dienstag eine ausserordentliche Session zum Thema Asyl ab und zeigt Härte gegenüber vorläufig Aufgenommenen. Die Motion, die vorläufig Aufgenommenen das Recht nehmen will, Familienangehörige in die Schweiz zu holen, nahm er mit 105 zu 74 Stimmen und mit 9 Enthaltungen an, gegen den Willen des Bundesrates.

"Aufenthalt muss kurz sein"

Der Aufenthalt von vorläufig Aufgenommenen in der Schweiz müsse kurz sein, sagte SVP-Sprecher Thomas Knutti (BE). Dürfe ihre Familie nachreisen, würden sie die Schweiz "nie wieder verlassen". "Wir sind einfach zu attraktiv." Für die Motion stimmten SVP, FDP und etliche Mitglieder der Mitte-Fraktion.

Weiter will der Nationalrat, dass Daten zu illegalen Aufenthalten im Land künftig systematisch ausgetauscht werden. Kantone, Gemeinden, Krankenkassen, AHV, IV und andere Sozialversicherungen sollen einbezogen werden. Er nahm dazu eine weitere SVP-Motion mit 119 zu 71 Stimmen an.

Taskforce Asyl gefordert

Die Forderung aus der FDP für eine Taskforce Asyl, die Krisen und Missbräuchen vorbeugen soll, hiess der Nationalrat ebenfalls gut. Die Migration von Wirtschaftsflüchtlingen und der Medizin-Tourismus müssten eingedämmt werden, sagte Jacqueline de Quattro (FDP/VD). Dafür sei das Asylsystem nicht gerüstet. Jans plädierte erfolglos für ein Nein. Das Anliegen sei erfüllt, solche Gremien gebe es schon. Mit zwei weiteren Asyl-Motionen konnte die SVP zwar die FDP gewinnen, aber nicht den Nationalrat. Dieser lehnte es ab, Asylsuchende, die über ein sicheres Drittland in die Schweiz kommen, nicht mehr als Flüchtlinge zu anerkennen. Der Bundesrat hielt dagegen, dass das mit der Flüchtlingskonvention nicht vereinbar sei.



Ein Nein gab es auch zur Schaffung von Transitzonen in der Nähe der Landesgrenzen. Dort hätten Asylsuchende ihr Gesuch stellen und bis zum Entscheid bleiben müssen. Der Bundesrat sprach von einem unverhältnismässigen Eingriff in die persönliche Freiheit und nannte solche Transitzonen "schwer umsetzbar".

Auch beim Status S für ukrainische Geflüchtete will die bürgerliche Mehrheit im Nationalrat härter durchgreifen. Mit 131 zu 67 Stimmen nahm er eine Motion von Nicolò Paganini (Mitte/SG) an. Sie verlangt, den Schutzstatus S abzuerkennen oder nicht mehr zu gewähren für Menschen, die die Schweiz für eine gewisse Zeit verlassen und bereits Rückkehrhilfe bezogen haben respektive den Schutzstatus missbräuchlich erlangt haben. "Missbräuche unter dem Status S stören", sagte Paganini.

Die Asyl-Debatte im Nationalrat hat gezeigt: Der zuständige Justizminister Beat Jans (SP) weigert sich nach wie vor, gegen das Asylchaos vorzugehen. Es braucht den Druck der SVP und des Parlaments. Die kriminelle Asylummigration muss grundsätzlich unterbunden werden.

Nachfolgend einige Auszüge aus der Asyldebatte:

Nationalrat Thomas Knutti (BE): «Wie oft wurde in diesem Saal wohl schon darüber diskutiert, ob die richtigen oder die falschen Asylsuchenden in die Schweiz kommen? Eigentlich wissen es alle: Es kommen zu viele und es kommen die falschen. Wer das nicht einsieht, dem ist unser Land wohl ziemlich egal.

Was ist nun ein «vorläufig Aufgenommener»?

- Er hat keine Aufenthaltsrechte in der Schweiz.
- Sein Asylgesuch wurde abgelehnt und er sollte in seine Heimat zurückgeschafft werden.
- Sein Aufenthalt in der Schweiz muss von kurzer Dauer sein.

Also sagen Sie mir, geschätzte Damen und Herren, aus welchem Grund diese Personen ein Recht auf Familiennachzug haben sollten?»

Nationalrat Christoph Riner (AG): «Der heutige Datenschutz hilft illegalen Migranten. Das darf nicht sein. Gesetze gelten für alle. Illegaler Aufenthalt ist kein Kavaliersdelikt. Hier braucht es eine Kurskorrektur. Dazu braucht es den systematischen Datenaustausch zwischen Kantonen, Gemeinden, Sozialbehörden, Krankenkassen und weiteren Sozialversicherungen.»

Nationalrat Jean-Luc Addor (VS): «Ende 2023 hielten sich 220'000 Personen im Asylbereich in der Schweiz auf. Das ist drei Mal die Bevölkerung des Kantons Jura! Wir müssen die Definition des Begriffs «Flüchtling» anpassen. Es kann nicht sein, dass jährlich Zehntausende illegale Migranten durch sichere Staaten in die Schweiz reisen und hier einen Asylantrag stellen. Wer durch ein sicheres Land in die Schweiz kommt, ist kein Flüchtling!»

Nationalrat Andreas Glarner (AG): «Wir müssen entlang der Schweizer Grenze Transitzonen einrichten, um dort sämtliche Asylverfahren durchzuführen. So wie wir das bereits im Transitbereich von Flughäfen haben. Heute lassen wir alle Asylantragsteller in die Schweiz einreisen und können sie anschliessend nicht mehr zurückschaffen. Mit den Transitzonen an der Grenze können wir Personen mit abgelehntem Asylgesuch wieder direkt in jenes sichere Drittland zurückschaffen, aus welchem sie zu uns gekommen sind.



Nationalrat will Eigenmietwert weiterhin vollständig abschaffen

Am Nachmittag hat der Nationalrat erneut über die Abschaffung des Eigenmietwerts debattiert. Er bleibt dabei: Der Eigenmietwert soll nicht nur auf Erst-, sondern auch auf Zweitliegenschaften abgeschafft werden. Der Ständerat hingegen will, dass bei Zweitwohnungen alles beim Alten bleibt. Der Entscheid fiel mit 153 zu 39 Stimmen bei einer Enthaltung. Einzig die FDP war geschlossen gegen die Komplett-Abschaffung.

Eine weitere Knacknuss ist die Frage, welche Abzüge im Gegenzug zur Eigenmietwert-Abschaffung künftig noch erlaubt sein sollen. Umstritten sind noch die Abzüge für Schuldzinsen. Die Variante, die der Ständerat vorgeschlagen hat, geht dem Nationalrat zu weit. Die Wirtschaftskommission hat ihrem Rat nun eine neue, sehr komplexe Variante auf den Tisch gelegt. Demnach sollen die Schuldzins-Abzüge nicht komplett gestrichen, aber eingeschränkt werden. Eine knappe Mehrheit des Nationalrats stimmte dafür. Laut Finanzministerin Karin Keller-Sutter würde dieses Modell zu Mindereinnahmen für den Bund in der Höhe von rund 430 Millionen Franken pro Jahr führen (bei einem Zinsniveau von 1,5 Prozent). Der Vorschlag des Ständerats hingegen würde den Bund rund 610 Millionen kosten.

Die Systemänderung käme gerade die Tourismuskantone mit vielen Zweitwohnungen teuer zu stehen. Darum hat der Nationalrat ohne Gegenstimmen der Einführung einer neuen Spezialsteuer zugestimmt. Neu sollen Kantone eine Steuer auf Zweitwohnungen erheben können, um die Steuereinnahmen aufzufangen. Doch diese Spezialsteuer soll es nur geben, wenn man sich wirklich auf einen kompletten Systemwechsel einigt. Weil es noch immer Differenzen zwischen National- und Ständerat gibt, geht das Geschäft nun zurück in die kleine Kammer.

Nationalrat stellt sich grundsätzlich hinter individuelle Steuern

Jede Person in der Schweiz soll eine eigene Steuererklärung einreichen und eigene Steuern bezahlen, unabhängig vom Zivilstand. Der Nationalrat hat ein entsprechendes Gesetz zur Individualbesteuerung gutgeheissen. Er entschied mit 98 zu 93 Stimmen bei einer Enthaltung. Für die Vorlage stimmen SP, FDP, Grüne und GLP. Dagegen votierten SVP und Mitte. Das Gesetz über die Individualbesteuerung ist der indirekte Gegenvorschlag zur Steuergerechtigkeits-Initiative. Der Ständerat wird als Nächstes darüber befinden.

Minderheitsanträge von Rot-Grün, damit die Einnahmen aus der direkten Bundessteuer wegen der individuellen Besteuerung nicht wie vom Bundesrat erwartet um eine Milliarde Franken sinken, lehnte der Rat in der Detailberatung ab. Ebenso sagte der Rat Nein zur Idee der SP, die familienexterne Kinderbetreuung in die Vorlage aufzunehmen. Die SVP wiederum wollte an der Ehe als wirtschaftliche Gemeinschaft festhalten und hat mit zwei Minderheitsanträgen ein Voll- und ein Teilsplitting-Modell beantragt. Beide Anträge wurden trotz Unterstützung der Mitte-Fraktion abgelehnt. Die Mitte-Partei hat für die Abschaffung der Heiratsstrafe eine eigene Volksinitiative eingereicht.

Unerfreulich ist die Einführung der Individualbesteuerung für traditionell organisierte Ehepaare, in denen nur ein Partner erwerbstätig ist und ein Einkommen erzielt, während der andere sich daheim um Kinder und Haushalt kümmert. Betroffene Paare müssen mit grösseren Mehrbelastungen rechnen, vor allem wenn sie Kinder haben. In diesem Fall müssten die Kinderabzüge neu hälftig aufgeteilt werden. Naturgemäss kann der Abzug jedoch bei dem Elternteil, der kein Einkommen erzielt, auch keine Entlastung bewirken.



Nationalrat will Abgangsentschädigungen für Bundeskader drosseln

Der Nationalrat will «goldenen Fallschirmen» in der Bundesverwaltung ein Ende setzen. Abgangsentschädigungen für Mitarbeitende sollen nur noch in Ausnahmefällen zugelassen werden. Die grosse Kammer hat eine entsprechende Motion von Roger Golay (MCG/GE) angenommen – mit 120 zu 48 Stimmen bei 7 Enthaltungen. Der Vorstoss geht als Nächstes an den Ständerat.

Bundesbeiträge für Bildung und Forschung sind unter Dach und Fach

Die Beiträge des Bundes an Bildung und Forschung bis Ende 2028 sind fix. Insgesamt bewilligt das Parlament leicht mehr Fördermittel, als der Bundesrat beantragte. Der Bundesrat wollte mit der BFI-Botschaft für die nächsten vier Jahre insgesamt 29.2 Milliarden Franken freigeben. Das würde nicht teuerbereinigt jährlich 1.6 Prozent mehr bedeuten. Noch mehr liege aus finanziellen Gründen nicht drin, so die Regierung. Sie hatte diesen Wachstums-Prozentsatz wegen der knappen Finanzen zunächst gekürzt. Der Nationalrat hätte 1.7 Prozent mehr Mittel gewollt und beantragte Anpassungen, die unter dem Strich ein Plus von rund 152 Millionen Franken ausmachten. Der Ständerat war zurückhaltender. Die Räte haben sich nun auf ein Plus von unter dem Strich rund 59 Millionen Franken geeinigt.

Nationalrat für umfassende Kooperation mit EU im Weltraumbereich

Die Schweiz soll eine umfassende Zusammenarbeit mit der EU im Weltraumbereich anstreben. Ausgehandelt werden soll diese Kooperation aber getrennt von den seit dem vergangenen März laufenden Verhandlungen mit Brüssel über die grundsätzlichen künftigen Beziehungen mit der Schweiz. Der Nationalrat hat eine Motion mit dieser Forderung angenommen, mit 95 zu 88 Stimmen. Sie geht nun an den Ständerat. Eingereicht hat sie seine Sicherheitspolitische Kommission (SIK-N). Begründet wird sie mit wachsenden Cyberrisiken im All, der Digitalisierung und kritischen Infrastrukturen. Der Bundesrat habe in einem Bericht festgehalten, dass die Schweiz aufgrund ihrer begrenzten Weltrauminfrastruktur auf internationale Zusammenarbeit angewiesen sei, um ihre Interessen zu wahren und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, schrieb die SIK-N. Separate Verhandlungen schlug die Kommission deshalb vor, um «das gut ausbalancierte aktuelle Verhandlungsmandat nicht zu überladen», wie sie schreibt.

Nationalrat will Rheintal besser vor Überschwemmungen schützen

Der Nationalrat will den Hochwasserschutz am Abschnitt des Rheins entlang der Grenze zu Österreich verbessern. Er hat sich für eine entsprechende Vorlage ausgesprochen. Zu befinden hatte die grosse Kammer über drei Erlasse. Das neue Bundesgesetz über die Verbesserung des Hochwasserschutzes am Rhein von der Illmündung bis zum Bodensee (Alpenrheingesez) nimmt er mit 165 zu 19 Stimmen bei fünf Enthaltungen an und den dazugehörigen Verpflichtungskredit mit 167 zu 17 Stimmen bei sechs Enthaltungen.

Den neuen, insgesamt vierten Staatsvertrag zum Hochwasserschutz am Alpenrhein heisst der Nationalrat mit 166 zu 17 Stimmen bei sieben Enthaltungen gut. Als Nächstes muss sich der Ständerat mit dem Geschäft befassen. Die Umsetzung des Projekts dauert nach Angaben des Bundesrats voraussichtlich bis 2052. Ziel sei es, das untere Rheintal vor Hochwasser zu schützen und als Lebens- und Wirtschaftsraum aufzuwerten.



Parlament will bei Beitritt zu WHO-Pandemieabkommen mitreden

Tritt die Schweiz einem WHO-Übereinkommen bei und bringt dieses für sie Verbindlichkeiten, soll das Parlament das letzte Wort haben. Nach dem Nationalrat nimmt auch der Ständerat eine Motion der SVP-Fraktion 29 zu 8 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen. Der Vorstoss wird damit an den Bundesrat überwiesen. Die SVP begründete die Motion mit dem geplanten Pandemievertrag der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Damit sollten die Einflussmöglichkeiten der WHO massiv erweitert werden, sagte Sprecherin Esther Friedli (SG) und warnt vor einer Machtkonzentration bei der UNO-Organisation. Die WHO erhielte durchgreifende Möglichkeiten, zu zensieren, was sie als Fehlinformation oder Desinformation betrachte.

Nationalrat will indirekte Presseförderung stärken

Der Nationalrat will die indirekte Presseförderung für die Tageszustellung der Regional- und Lokalpresse von heute jährlich 30 auf neu 45 Millionen Franken für sieben Jahre befristet aufstocken. Die Verbilligung soll die Verlage finanziell entlasten. Sie sollen damit mehr Geld in die digitale Transformation investieren können. Dafür hat die grosse Kammer eine Vorlage ihrer Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen (KVF-N) zu einer Revision des Postgesetzes verabschiedet. In der Gesamtabstimmung hat der Nationalrat die Vorlage mit 126 zu 61 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen. Als Nächstes muss der Ständerat über sie befinden.

Parlament lehnt UNO-Klimakonferenz in Genf ab

Der Bundesrat soll die Stadt Genf und Umgebung nicht ersuchen müssen, eine der künftigen UNO-Klimakonferenzen auszurichten. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat einer entsprechenden Standesinitiative des Kantons Genf mit dieser Forderung keine Folge gegeben. Laut Kommissionssprecher Hans-Peter Portmann (FDP/ZH) hält die Mehrheit eine solche Konferenz für zu ressourcenintensiv, namentlich was den finanziellen und personellen Aufwand angehe. In ihren Augen bringe sich die Schweiz auf diplomatischer Ebene bereits sehr vielfältig ein. Die Minderheit war laut Sprecher Nicolas Walder (Grüne/GE) der Ansicht, dass sich die Schweiz im Bereich der Klimaveränderungen aktiv engagieren sollte – umso mehr, als die damit verbundenen Herausforderungen einen immer wichtigeren Platz in der internationalen Debatte einnehmen würden.

Prominente Abgänge im Nationalrat

Bastien Girod (Grüne) und Martina Munz (SP) wurden verabschiedet (Bilder: Keystone)





Nationalratspräsident Nussbaumer beschliesst die Session

Mit den Schlussabstimmungen haben die eidgenössischen Räte die Herbstsession abgeschlossen. 17 Vorlagen sind parlamentarisch unter Dach und Fach, Abstürze beim Landeanflug gab es keine. Nationalratspräsident Eric Nussbaumer beendet sein Jahr als «höchster Schweizer» offiziell an der Wintersession. Er bedankte sich bei den Räten aber schon einmal für «die angenehme und unproblematische Zusammenarbeit». Die kompliziertesten Fragen seien gewesen: «Wann stimmen wir wieder ab und wann muss ich morgen früh da sein, um die erste Abstimmung nicht zu verpassen?»

Bern, im September 2024
David Zuberbühler